

mehr den FC Bayern finanzieren, weil dieser einen Sponsorvertrag mit Qatar Airways hat. Wenn Sie es zu Ende denken, merken Sie, dass es nicht funktioniert.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist Herr Vizepräsident Markus Rinderspacher für die SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich vor knapp dreißig Jahren meine Banklehre erfolgreich beendet hatte, schickte mich die damalige Dresdner Bank unmittelbar nach der Wende in den deutschen Osten. Ich durfte dort für einige Monate als Wertpapierberater in der Filiale Jena arbeiten. Als Wertpapierberater war mir klar, was ich den damaligen Kunden tatsächlich anzubieten hatte, nämlich Anlagen, die rentabel, liquide und sicher waren. Darauf kam es damals an.

Heute würde sich damit kein Kunde mehr zufriedengeben, oder zumindest immer weniger Kunden. Die Kunden fragen heute, was mit dieser Anlage verbunden ist, ob sie in schmutzige Ökologie investieren, ob sie in irgendwelche Waffensysteme investieren, ob sie in Zwangsarbeit, in Kinderarbeit oder dergleichen mehr investieren. Das sind nicht etwa links-grün versiffte Kunden, um teilweise Ihre Sprache aufzunehmen, sondern es sind echte Wertkonservative, die wissen wollen, ob ihr Geld im wahrsten Sinne des Wortes gut angelegt ist.

Ein Staat, auch der Freistaat Bayern, sollte hier Vorbild sein. Herr Kollege Pohl hat gerade den gegenwärtigen Krieg als Begründung dafür genommen, dass nachhaltige Anlagen jetzt von gestern seien und man deshalb diesen Gesetzentwurf zurückziehen müsse. Ich komme wie übrigens auch viele wertkonservative Menschen in unserem Land zur völlig gegenteiligen Beurteilung, Herr Kollege Pohl. Wir erleben gerade einen Push für die Nachhaltigkeit und für gute Investitionen. Die schlechten Investitionen wurden mit den Sanktionen gegen Russland gerade deutlich zurückgenommen.

Die Hauptinvestition der Deutschen, die Beteiligung an der Pipeline von Russland in unser Land, wurde gecancelt. Beispielsweise sagt der Außenpolitiker Röttgen jeden Abend in den Talkshows, Investitionen, mit denen wir jeden Tag eine Milliarde an Putin und die Oligarchen schicken, wie zum Beispiel die Investitionen in die Pipeline Nummer eins, müssen wir aus moralischen Gründen beenden. Das ist etwas, was in Richtung der Ziele dieses Gesetzentwurfs, in Richtung Nachhaltigkeit, in Richtung Resilienz und in Richtung Zukunftsfestigkeit geht. Der Krieg kann jetzt auf keinen Fall der Anlass dafür sein, Investitionen aus dem 20. Jahrhundert und dessen Technologien jetzt fortzusetzen. Nein, diesen Irrweg müssen wir jetzt endlich beenden und in Nachhaltigkeit investieren.

(Beifall bei der SPD)

Es geht aber nicht nur um die Moral, die im Moment natürlich in besonderer Weise im Vordergrund steht. Es geht schlicht ums Geld für die Zukunft. Es geht darum, unsere Volkswirtschaft resilient und widerstandsfähig zu machen. Wenn wir den Klimafrevel von heute und die sozialen Sauereien nicht minimieren, wenn wir sie nicht klein halten, werden die Kosten in Zukunft noch höher, und diese haben dann unsere Kinder und Enkelkinder zu bezahlen. Das heißt, jedes Hochwasser, jede Sturmflut, jede Dürre und auch jede sozial begründete Migrationsbewegung verursachen Kosten für unsere Volkswirtschaft. Wenn wir diese Kosten auch in Zukunft klein halten wollen, sollten wir in nachhaltige Finanzanlagen investieren.

Manche unserer Unternehmungen in Bayern sind übrigens viel weiter als manche Parlamentarier. Die LfA Förderbank hat sich selbst auferlegt, eine Mindestquote von 55 % an nachhaltigen Anlagen zu berücksichtigen. Das ist positiv. Es zeigt

aber auch, dass die restlichen 45 % keine Berücksichtigung finden. Vor diesem Hintergrund wundere ich mich, dass Sie den Widerstand gegen diesen Gesetzentwurf heute in Zweiter Lesung so intensiv führen, obwohl Ihre konservativen und liberalen Kollegen in Schleswig-Holstein diesen Gesetzentwurf nicht nur entwickelt, sondern auch bereits beschlossen haben. In Bayern sind die Konservativen und die Liberalen offensichtlich deutlich hintendran und wollen zurück ins 20. Jahrhundert, statt den Fortschritt zu beschreiten.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich dem Abgeordneten Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Rinderspacher, meinen Sie, dass es für die Sanktionen gegen Russland dieses von Ihnen vorgelegten Gesetzes bedarf?

Meine zweite Frage: Wenn Sie Ihr Gesetz genau lesen, ist zumindest eine Investition in Staatsanleihen der Vereinigten Staaten und Staatsbetriebe der Vereinigten Staaten, einer Administration, die handelt wie Trump, indem sie aus dem Klimaschutzabkommen aussteigt, nicht mehr erlaubt. Wollen Sie tatsächlich die Anlagestrategien davon abhängig machen, welche Regierung in demokratischen Staaten gerade an der Macht ist?

Markus Rinderspacher (SPD): Das ist nicht unser Gesetzentwurf, sondern der Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wir hätten manches anders gemacht, werden ihm aber trotzdem zustimmen.

Ja, natürlich ist die Debatte eröffnet. Wir begrüßen das. Die Investitionen, die wir mit Blick auf die Russische Föderation in den letzten Jahren getätigt haben, sind jetzt infrage zu stellen aus den genannten Gründen. Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass Kapitalströme auch Politik gestalten. Geld regiert die Welt. Damit werden wir immer in unseren Bürgerbüros konfrontiert. Da ist auch etwas dran. Wir müssen das Geld somit ordentlich steuern. Wenn Sie sagen, Sie wollten damit Demokratien unterstützen. Dann müssen wir über bestimmte Kriterien diskutieren. Darüber werden wir schnell Einigkeit erzielen. Sie sind jedoch sehr fundamental in Ihrem Widerstand gegen diesen Gesetzentwurf. Sie sagen gewissermaßen: Nachhaltigkeit braucht es nicht; die Nachhaltigkeit entwickelt der Markt selbst. – Herr Pohl, das ist vorgestern.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Dr. Helmut Kaltenhauser. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich gleich zu Beginn festhalten: Grundsätzlich ist es durchaus politisch nachvollziehbar, Investitionen in nachhaltige Finanzanlagen zu fördern. In diesem Punkt bin ich gar nicht fundamentalistisch unterwegs. Insofern könnte man dem Gesetzentwurf auf den ersten Blick auch zustimmen. Der Gesetzentwurf gibt vor, genau das zu tun. Schaut man sich den Gesetzentwurf aber im Detail an, wird dieser Eindruck ganz schnell widerlegt. Ich zitiere:

Ziel des Gesetzes soll es sein, eine einheitliche Definition von Nachhaltigkeitsaspekten zu schaffen, um eine bessere Transparenz und Vergleichbarkeit zu garantieren und um die Finanzpolitik stärker an ökologischen, sozialen und ethischen Kriterien auszurichten. Diese Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien bei Finanzanlagen soll mittels ESG-Parametern (environmental, soci-